Brennstoffe des Ministers für Chemische Industrie, auf Monate oder Quartale zu beziehen und dem Energieabnehmer zuzustellen oder auszuhändigen.

§ 17e

(1) Gegen den Bescheid gemäß § 17d Abs. 2 ist die Beschwerde zulässig. Sie kann innerhalb einer Frist von 4 Wochen nach Zustellung oder Aushändigung beim Direktor des Energieversorgungsbetriebes eingelegt werden und muß begründet sein. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

(2) Der Beschwerde ist insbesondere dann ganz oder zu dem entsprechenden Teil stattzugeben, wenn der Energieabnehmer nachweist, daß

- der Energieverbrauch gemäß § 17c Abs. 1 zulässig war oder
- die für die Erreichung der geplanten spezifischen Energieverbrauchsnormen bzw. Kennziffern vorausgesetzten anlagentechnischen Bedingungen aus von ihm nicht beeinflussbaren Gründen nicht oder nicht rechtzeitig hergestellt werden konnten oder
- der Energieverbrauch durch starke Abweichungen der Außentemperaturen von den der Energieplanung zugrunde zu legenden langfristigen Mittelwerten verursacht wurde.

(3) Im übrigen gilt der § 34 Absätze 2 und 3 der Verordnung entsprechend.

§ 17f

(1) Energieabnehmer der volkseigenen Wirtschaft, die nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, haben die ökonomische Sanktion aus „nichtplanbaren Kosten“ zu finanzieren.

(2) Zentrale und örtliche Staatsorgane und staatliche Einrichtungen als Energieabnehmer haben die ökonomische Sanktion aus Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben ihrer Haushalte zu finanzieren. Reichen eigene Mittel einer staatlichen Einrichtung zur Finanzierung der ökonomischen Sanktion nicht aus, hat der für sie zuständige örtliche Rat aus eigenen Fonds einschließlich der Haushaltsreserve die Mittel bereitzustellen.

(3) Die ökonomische Sanktion ist innerhalb einer Frist von 2 Wochen ab Endgültigkeit des Bescheides zu entrichten.

(4) Auf Antrag des Energieversorgungsbetriebes ist die ökonomische Sanktion wie Zwangsgeld zu Vollstreckern Eingenommene ökonomische Sanktionen sind an den zentralen Haushalt abzuführen.“

§ 2

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1980 in Kraft.

Berlin, den 21. Januar 1980

**Der Minister
für Kohle und Energie**
Mitzinger * 1 2

Anordnung über die Inkraftsetzung der Zusatzbestimmung über die Umrechnung des in internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnverkehr vorgesehenen Goldfrankens

vom 25. Januar 1980

Im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane wird folgendes angeordnet:

§ 1

(1) Zu Artikel 53 § 1 des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV), zu Artikel 21 des Zusatzübereinkommens zur CIV über die Haftung der Eisenbahn für Tötung und Verletzung von Reisenden und zu Artikel 57 § 1 des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM), alle vom 7. Februar 1970 (Sonderdruck Nr. 783 des Gesetzblattes), wird die Zusatzbestimmung über die Umrechnung des in diesen Bestimmungen vorgesehenen Goldfrankens in die Landeswährungen in Kraft gesetzt

(2) Der Wortlaut dieser Zusatzbestimmung wird im Tarif- und Verkehrs-Anzeiger (TVA) veröffentlicht.

§ 2

Diese Anordnung tritt am 1. März 1980 in Kraft.

Berlin, den 25. Januar 1980

Der Minister für Verkehrswesen
A r n d t